

**Dienstleistungsrahmenvertrag
über die Ausstattung mit einer digitalen Schließanlage
des Fabrikats SimonsVoss einschließlich deren Wartung und Instandsetzung
an der Technischen Universität Darmstadt**

Vertrags-Nr.: V__/2026 – IV D

Zwischen

**der Technischen Universität Darmstadt
vertreten durch die Präsidentin
Frau Prof. Dr. Tanja Brühl
Karolinenplatz 5, 64289 Darmstadt**

**USt-Id: DE 111 608 628
Steuernummer: 007 226 00139**

nachfolgend "Auftraggeber (AG)" genannt

und

der Firma

nachfolgend "Auftragnehmer (AN)" genannt

wird folgender Vertrag geschlossen:

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Vertragsgegenstand	3
§ 2 Vertragsbestandteile	3
§ 3 Einzelabruf	3
§ 4 Pflichten des Auftragnehmers	4
§ 5 Personal	6
§ 6 Einsatz von Nachunternehmern	6
§ 7 Entgelt	7
§ 8 Geheimhaltung	8
§ 9 Haftung und Versicherung	8
§ 10 Vertragsdauer, Vertragsverlängerung durch Erklärung des AG, Probezeit und Kündigungsfristen	9
§ 11 Außerordentliche Kündigung	10
§ 12 Datenschutz	10
§ 13 Schlussbestimmungen	10

§ 1 Vertragsgegenstand

- (1) Der AG überträgt dem AN die Durchführung der Ausstattung mit einer digitalen Schließanlage des Fabrikats SimonsVoss einschließlich deren Wartung und Instandsetzung an der Technischen Universität Darmstadt.
- (2) Der AN verpflichtet sich, alle im Rahmen der Ausschreibung angebotenen Arbeiten auszuführen.
- (3) Ein Anspruch des AN auf Abruf der Leistungen nach diesem Rahmenvertrag besteht nicht.
- (4) Der AN hatte die Möglichkeit, eigenverantwortlich die öffentlichen Gebäude und Außenanlagen zu besichtigen, und sich anhand der zur Verfügung gestellten Unterlagen davon zu überzeugen, dass die Durchführung seiner Leistung unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse möglich ist. Er verzichtet auf die Einrede, über Ausmaß und Beschaffenheit des Standortes nicht ausreichend informiert gewesen zu sein und auf sämtliche Nachforderungen aus diesem Grund.

§ 2 Vertragsbestandteile

- (1) Zur Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Vertragserfüllung und zur Bestimmung der gegenseitigen Rechte und Pflichten des AGs und des ANs wird der Vertragsinhalt durch folgende Vertragsgrundlagen bestimmt. Im Fall von Widersprüchen gilt die Reihenfolge als Rangfolge:
 1. Dieser Vertrag
 2. Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**)
 3. Preisblatt (**Anlage 2**);
 4. Konzept Reaktionszeiten (**Anlage 3**)
 5. Konzept Servicequalität (**Anlage 4**);
 6. die Allgemeinen Bedingungen für die Ausführung von Leistungen – Teil B der Verdingungsordnung für Leistungen – VOL/B in der jeweils gültigen Fassung;
 7. BVB Tariftreue und Mindestendgelt nach HVTG;
 8. Hausordnung der Technischen Universität Darmstadt (**Anlage 5**);
 9. Betriebsordnung der Technischen Universität Darmstadt (**Anlage 6**);
 10. Brandschutzordnung der Technischen Universität Darmstadt (**Anlage 7**);
 11. Informationen zum elektronischen Rechnungseingang an der TU Darmstadt (**Anlage 8**)
- (2) Anderslautende Bedingungen des AN haben für den AG keine Rechtsverbindlichkeit.

§ 3 Einzelabruf

- (1) Die in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) und in dem Preisblatt (**Anlage 2**) beschriebenen Leistungen werden durch den AG abgerufen und damit durch einseitige Erklärung gegenüber dem AN beauftragt (im Folgenden: „Einzelaufträge“). Das vom AN bepreiste Preisblatt (**Anlage 2**) versteht sich in diesem Zusammenhang als Preisliste für typischerweise vom AG zu erbringende Leistungen. Der AG ist uneingeschränkt berechtigt, die in der Leistungsbeschreibung und dem Preisblatt genannten Leistungen in Teilen/partiell durch einseitige Erklärung abzurufen und damit zu beauftragen. Leistungen, die nicht im Preisblatt (**Anlage 2**) bepreist sind, bedürfen der gesonderten Beauftragung.
- (2) Der AG ist berechtigt bei Bedarf den Leistungsumfang, welcher durch das Preisblatt (**Anlage 2**) definiert wird, zu erweitern, indem auftraggeberseitig neue Anforderungen von Komponenten

gestellt werden oder die Aufnahme neuer Komponenten, die noch nicht im Preisblatt (**Anlage 2**) angegeben sind, aufgrund von Änderungen von Komponenten seitens des Herstellers SimonsVoss erforderlich wird. Die Preise für diese neuen Komponenten sind vom Auftragnehmer auf Basis seiner Preiskalkulation für die ursprünglich angebotenen Komponenten zu ermitteln. Der AG kann vom AN verlangen, dass dieser die Kalkulation für die Preisermittlung der neuen Komponenten offenlegt.

- (3) Mit Erhalt des Einzelauftrags ist der AN verbindlich nach den Regeln dieses Rahmenvertrages zur Ausführung der von dem AG der durch das Auftragsschreiben definierten abgerufenen Leistungen verpflichtet. Der AN hat dem AG den Erhalt des Einzelauftrags auf Verlangen innerhalb von 24 Stunden zu bestätigen.
- (4) Der AG behält sich vor, je nach Umfang des Projekts, zunächst einen Kostenvoranschlag vom AN zu verlangen. Für den Fall, dass der AG einen Kostenvoranschlag anfordert, ist der Auftrag erst mit Freigabe des Kostenvoranschlags durch den AG erteilt.

§ 4 Pflichten des Auftragnehmers

- (1) Der AN schuldet im Rahmen der Wartung, Instandsetzung und Erstausrüstung von SimonsVoss Schließanlagen die Erbringung sämtlicher Liefer- und Dienstleistungen, die sich aus der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) nebst dem Preisblatt (**Anlage 2**) ergeben. Die Einzelheiten zu den Anforderungen an die Auftragsabwicklung / Pflichten des AG ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**), dem Preisblatt (**Anlagen 2**) sowie den Konzepten Reaktionszeiten (**Anlage 3**) und Servicequalität (**Anlage 4**). Die Installation und Montage sowie die Inbetriebnahme und Programmierung hat fachgerecht zu erfolgen. Geschuldet wird vom AN die Herbeiführung der Funktionsfähigkeit und Betriebsbereitschaft der jeweiligen Schließanlage.
- (2) Auf Verlangen des AG hat der AN die Funktionsfähigkeit der jeweiligen Schließanlage in einer gemeinsam durchzuführenden Funktionsprüfung zu präsentieren. Die Präsentation umfasst eine Prüfung der Bedienfunktionen durch den AG. Der AG wird den AN schriftlich zur Präsentation der Betriebsbereitschaft / Funktionsprüfung auffordern. Die Parteien erstellen über die Präsentation ein Protokoll, das von beiden Seiten zu unterzeichnen ist.
- (3) Der AG kann die Leistung des AN zurückweisen, sofern spätestens bei der Funktionsprüfung betriebsverhindernde oder betriebsbehindernde Mängel festgestellt werden. Das Recht auf Zurückweisung besteht auch dann, wenn der AN seiner Pflicht zur ordnungsgemäßen Präsentation der Betriebsbereitschaft des Systems nicht nachkommt.
- (4) Die von dem AN ermittelten und vom AG beauftragten Termine und Fristen sind verbindlich. Schwierigkeiten, die der fristgerechten Erfüllung der Leistung entgegenstehen, hat der AN unter Angabe der Gründe und der zur Behebung der Schwierigkeiten zu treffenden Maßnahmen dem AG ohne Ausnahme unverzüglich schriftlich per E-Mail anzuzeigen.
- (5) Hiervon unberührt bleibt das Recht des AG vom Vertrag zurückzutreten, bzw. Schadensersatz wegen Nichterfüllung geltend zu machen. Ausgenommen sind Terminüberschreitungen, die durch Ereignisse höherer Gewalt begründet sind oder die der AG zu vertreten hat.
- (6) Für den AG ist die vollständige und ordnungsgemäße Erbringung der Leistung durch den AN von erheblicher Bedeutung. Bei nicht termin- bzw. fristgerechter Ausführung besteht für den AG die Gefahr empfindlicher Störungen des Geschäftsablaufes mit weitgehenden Folgen. Der AN hat deshalb auf seine Kosten von vornherein rechtzeitig alle ihm obliegenden Maßnahmen und Vorhaben so zu planen, dass die Einhaltung der Termine / Fristen verlässlich sichergestellt ist.
- (7) Für Mängelansprüche des AG gelten die gesetzlichen Regelungen.

- (8) Der AN hat dafür Sorge zu tragen, dass seine Mitarbeiter:innen die Leistungen im Einklang mit den schriftlich vereinbarten Vorgaben ausführen.
- (9) Der AN hat sicherzustellen, dass er durch regelmäßige Fort- und Weiterbildungen über das Wissen des aktuellen Stands der Technik verfügt und dieses Wissen umsetzt.
- (10) Der AN stellt die komplette Ausführung konkret beauftragter Einzelaufträge selbständig sicher. Er hat sich vor Beginn seiner Tätigkeit über Art und Umfang der Leistungen sowie den Ort der Leistungserbringung genaue Kenntnis zu verschaffen. Der AN wird darüber hinaus in Erfüllung seiner Verpflichtungen den AG über die einzelnen Arbeitsschritte rechtzeitig informieren und die notwendige Abstimmung mit dem AG herbeiführen.
- (11) Der AN hat eine projektbezogene Präsenz zu gewährleisten, soweit im Rahmen von Projekten die Teilnahme des Dienstleisters an diesen notwendig ist.
- (12) Der AN hat ohne besondere Vergütung für die Dauer der Ausführung alle Schutzmaßnahmen zu treffen, die im Bereich der von ihm zu erbringenden Leistungen und ihrer Umgebung zur Sicherung von baulichen Anlagen und Einrichtungen aller Art sowie zur Sicherung von Personen erforderlich sind.
- (13) Bei detaillierten Abwicklungsfragen nimmt der Vertragsverantwortliche des AN Anweisungen der Koordinatoren des AG entgegen und trägt dafür Sorge, dass diese befolgt werden.
- (14) Alle Arbeiten sind so auszuführen und abzustimmen, dass keine Störungen und Beeinträchtigungen des laufenden Betriebs der TU Darmstadt eintreten. Sollte eine Beeinträchtigung des laufenden Betriebs der TU Darmstadt nicht vermeidbar sein, ist der AN verpflichtet, sich hierzu im Vorfeld mit dem AG mit ausreichendem zeitlichem Vorlauf abzustimmen.
- (15) Der AG wird dem AN frühzeitig alle notwendigen Informationen sowohl für die Leistungserbringung als auch ggf. erforderliche (technische) Unterlagen sowie Pläne und Zeichnungen zur Verfügung stellen. Der AG hat das Recht, jederzeit die fachgerechte Durchführung der Arbeiten zu kontrollieren und ggf. sofort Beanstandungen geltend zu machen.
- (16) Der AN ist verpflichtet, den in diesem Zusammenhang vorgebrachten Beanstandungen des AG unverzüglich nachzukommen.
- (17) Der AN teilt dem AG unverzüglich mögliche Beschädigungen von Gegenständen oder Einbauten des AG schriftlich mit.
- (18) Der AN hat die Vorgaben der DGUV Vorschrift 1 einzuhalten. Insbesondere hat er, zur Verhütung von Arbeitsunfällen Einrichtungen, Anordnungen und Maßnahmen zu treffen, die den Bestimmungen der für ihn geltenden Vorgaben der DGUV Vorschrift 1 und den allgemein anerkannten sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Regeln entsprechen. Soweit in anderen Rechtsvorschriften, insbesondere in Arbeitsschutzvorschriften, Anforderungen gestellt werden, bleiben diese Vorschriften unberührt.
- (19) Der AN ist bei Verstoß gegen die Unfallverhütungsvorschriften (DGUV Vorschrift 1) Dritten gegenüber allein schadensersatzpflichtig. Insoweit stellt der AN den AG von allen Schadenersatzansprüchen Dritter frei.
- (20) Der AN verpflichtet sich, den AG von entsprechenden Ansprüchen Dritter einschließlich Regressansprüchen jedweder Art freizustellen
- (21) Der AN verpflichtet sich, dass die Vorgaben der Hausordnung (**Anlage 5**), der Betriebsordnung für Fremdfirmen (**Anlage 6**) sowie der Brandschutzordnung (**Anlage 7**) des AG in ihrer jeweils gültigen Fassung von ihm sowie all seinen Erfüllungsgehilfen eingehalten werden.
- (22) Die Lagerung von Materialien und Werkzeugen des AN in Räumlichkeiten und auf Grundstücken

des AG erfolgt auf Risiko und Gefahr des AN. Dies gilt auch dann, wenn Lagerräume oder Lagerungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden.

§ 5 Personal

- (1) Der AN verpflichtet sich, ausschließlich zuverlässige, fachlich qualifizierte und der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtige Mitarbeiter:innen einzusetzen. Der AN stellt sicher, dass die von ihm eingesetzten Mitarbeiter:innen mit den Vorschriften des AG vertraut gemacht werden und sich ebenfalls zu deren Einhaltung verpflichten.
- (1) Der AN garantiert bei Austausch des Personals gleichbleibenden Skill-Level.
- (2) Der AN ist dafür verantwortlich, dass durch Krankheit, Urlaub und sonstig Ausfälle an Personal die Ausführungsleistungen nicht beeinträchtigt werden.
- (3) Der AN bestätigt, dass mit dem von ihm gestellten Personal ein ordnungsgemäßer Arbeitsvertrag geschlossen ist. Er sichert zu, dass:
 - er alle für die von ihm eingesetzten Mitarbeiter:innen anfallenden Sozialabgaben ordnungsgemäß abführt.
 - sein Personal gesetzlich unfallversichert ist. Der Nachweis hierüber ist dem AG auf Anforderung vorzulegen.
 - sein Personal in den entsprechenden Unfallvorschriften unterwiesen ist; die Belehrung darüber ist dem AG auf Anforderung nachzuweisen.
- (4) Der AN sichert die Einhaltung des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung zu. Ferner sichert er hiermit zu, bei der Leistungserbringung alle ihm aufgrund des Mindestlohngesetzes (MiLoG) obliegenden Pflichten in seinem Betrieb vollumfänglich einzuhalten. Die vorgenannten Vorgaben gelten in gleicher Weise für Nachunternehmer. Es gilt außerdem das Hessische Vergabe- und Tariftreuegesetz.
- (5) Personal aus Nicht-EU-Staaten dürfen vom AN nur eingesetzt werden, wenn sie eine gültige Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis besitzen. Auf Verlangen des AG sind diese Nachweise vor Ort vorzulegen.
- (6) Der AN verpflichtet sich, darauf zu achten, dass die Ausführung der Arbeiten den Unfallverhütungs- und Arbeitsschutzvorschriften sowie den allgemein anerkannten sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Regeln entspricht.
- (7) Beim Einsatz von fachlich ungeeignetem Personal oder bei wiederholtem Fehlverhalten des eingesetzten Personals ist der AG berechtigt, den Austausch dieses Personals zu verlangen.

§ 6 Einsatz von Nachunternehmern

- (1) Der AN setzt eigenes Personal ein. Der Einsatz von Nachunternehmern ist nur mit schriftlichem Einverständnis des AG möglich. Für die Nachunternehmer, die im Rahmen der Ausschreibung benannt wurden, gilt das Einverständnis des AG als erteilt. Der AG kann seine Zustimmung in begründeten Fällen (z.B. mangelhafte Leistungserbringung) jederzeit widerrufen. Für Nachunternehmer gelten die gleichen Bedingungen und gesetzlichen Vorschriften wie für den AN selbst. Der AN muss in jedem Fall nachweisen, dass die Pflichten, die sich aus diesem Vertrag ergeben, auch mit dem Nachunternehmer vereinbart worden sind. Deren Einhaltung wird vom AN gegenüber dem AG gewährleistet. Auch bei genehmigtem Einsatz von Nachunternehmern

bleibt ausschließlich der AN gegenüber dem AG Vertragspartner, Ansprechpartner und Verantwortlicher.

- (2) Der AN haftet dafür, dass der Nachunternehmer alle erforderlichen Genehmigungen und Rechte besitzt, die für die Vertragserfüllung benötigt werden und stellt den AG von allen Schadensersatzansprüchen, vertraglichen und gesetzlichen Ansprüchen Dritter, die aus dem Vertragsverhältnis entstehen, frei.

§ 7 Entgelt

- (1) Das Entgelt richtet sich nach der Leistungsbeschreibung sowie dem vom AN ausgefüllten Preisblatt (**Anlage 2**) zzgl. der derzeit gültigen gesetzlichen MwSt.
- (2) Die Abrechnung der einzelnen erbrachten Leistungen erfolgt auf Grundlage eines Leistungsnachweises. Der Leistungsnachweis muss die einzelnen erbrachten Leistungen gemäß des Preisblattes, Angaben zu Ort und Zeit des Einsatzes, Name des/der eingesetzten Mitarbeiter und die Gegenzeichnung durch die Auftraggeberin enthalten. Lediglich im begründeten Einzelfall kann auf die Gegenzeichnung verzichtet werden. Die Auftraggeberin legt fest, ob ein solch begründeter Einzelfall vorliegt.
- (3) Die Rechnungsstellung erfolgt nach erbrachter Leistungserbringung. Der AN muss eine spezifizierte und nachvollziehbare Kostenrechnung aufgeschlüsselt nach Gebäuden sowie Leistungsumfang im Rahmen der elektronischen Verarbeitung von Eingangsrechnungen gem. Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung für das Land Hessen sowie dem Gesetz zur Umsetzung der europäischen Richtlinie 2014/55/EU über die elektronische Rechnungsstellung im öffentlichen Auftragswesen (**Anlage 8**) einreichen.
- (4) Die im Preisblatt angegebenen Preise sind während der Grundvertragslaufzeit (bis 31. Oktober 2028) Festpreise. Eine Entgeltanpassung während dieser Grundvertragslaufzeit ist nicht möglich.

Der Auftragnehmer ist im Falle der Vertragsverlängerung gemäß § 10 Abs. 3 berechtigt bis spätestens 5 Monate vor Ablauf der Grundvertragslaufzeit – also bis zum 31.05.2028 – eine Entgeltanpassung aufgrund nachweislich gestiegener Materialkosten für die im Preisblatt angegebenen Preise der Pos. 01. bis 94. schriftlich zu beantragen, wenn sich der Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte für Deutschland (Index für Vorleistungsgüter-insgesamt) des statistischen Bundesamtes (vgl. Homepage des zu statistischen Bundesamtes www.destatis.de) um mehr als 10 % gegenüber dem Index für den Monat Juli 2026 erhöht.

Die Preisanpassung gilt dann für den eventuellen Zeitraum der Vertragsverlängerung vom 01.11.2028 - 31.10.2030.

Eine Erhöhung für die im Preisblatt angegebenen Preise der Pos. 01. bis 94. kann sich nur auf die reinen Materialkosten beziehen. Die Erhöhung errechnet sich aus der prozentualen Steigerung des Indexes multipliziert mit 70 % des angebotenen Einzelpreises der jeweiligen Pos. 01. Bis 94. gemäß Preisblatt.

- (5) Eventuell anfallende Nebenkosten z. B. An- und Abfahrten, notwendige technische Ausrüstungen sind vollumfänglich im Preisblatt (**Anlage 2**) einzurechnen. Eine gesonderte Vergütung erfolgt nicht.

§ 8 Geheimhaltung

- (1) Der AN verpflichtet sich, über alle Geschäftsvorgänge und Betriebsabläufe der TU Darmstadt sowie Informationen über verbaute Schließanlagen und die eingesetzte Software, die ihm oder seinen Mitarbeitern bei Gelegenheit der Ausführung der Leistungen bekannt werden, absolutes Stillschweigen zu bewahren. Die vom AN eingesetzten Mitarbeiter:innen werden eine gleichlautende Stillschweigeerklärung schriftlich abgeben und dem AG unaufgefordert zur Verfügung stellen.
- (2) Der AN verpflichtet sich, die gleichen Geheimschutzregeln zu beachten, wie sie dem AG obliegen. Der AN verpflichtet sich daher, die für ihn tätigen Mitarbeiter:innen förmlich nach dem Verpflichtungsgesetz vom 02.03.1974 (Bundesgesetzblatt I, Seite 469, 547), über alle Angelegenheiten, die ihm im Rahmen der Wartung, Instandsetzung und Ausstattung bei dem AG bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren. Die entsprechenden Niederschriften werden dem AG auf Verlangen in Kopie zur Verfügung gestellt.
- (3) Dem AN überlassene Dokumente und Unterlagen sind so aufzubewahren, dass sie nur für Zwecke der Vertragserfüllung zugänglich sind; diese sind zum Vertragsende an den AG zurückzugeben.
- (4) Der AN ist dazu verpflichtet, alle Daten, die ihm im Rahmen der Durchführung des vorliegenden Vertrags zur Kenntnis gelangen, weder außerhalb der Zweckbindung des Vertrags zu verarbeiten noch sie bekannt zu geben, zugänglich zu machen oder sonst zu nutzen. Von dieser Verpflichtung ausgenommen sind solche Daten, die der AN aus öffentlich zugänglichen Quellen bezieht.
- (5) Jede Einsichtnahme in Daten und Schriftstücke des AG, insbesondere in Akten und Pläne, außerhalb des zur Erbringung der Leistung notwendigen, ist untersagt.
- (6) Der AN verpflichtet sich, dem behördlichen sowie ggfs. auch dem hessischen Datenschutzbeauftragten und den von diesen eingesetzten Bediensteten Zugang zu den Arbeitsräumen zu gewähren und unterwirft sich der Kontrolle nach Maßgabe des HDSIG in seiner jeweiligen Fassung. Der AN benachrichtigt den AG, bevor eine angekündigte Kontrolle stattfindet.
- (7) Sollten Daten des AG oder ihrer Beschäftigten beim AN durch Maßnahmen Dritter (etwa durch Pfändung oder Beschlagnahmung), durch ein Insolvenz- oder Vergleichsverfahren oder durch sonstige Ereignisse gefährdet werden, so hat der AN den AG hiervon unverzüglich schriftlich zu informieren.
- (8) Die Verpflichtungen zur Vertraulichkeit bestehen auch nach der Beendigung des Vertrages fort.
- (9) Der AN verpflichtet sich, seine Mitarbeiter:innen und Unterauftragnehmer hierüber zu belehren und in der gleichen Art und Weise zu verpflichten, in der er selbst gegenüber dem AG verpflichtet ist.

§ 9 Haftung und Versicherung

- (1) Der AN haftet für die durch ihn und seine Erfüllungsgehilfen schuldhaft verursachten Personen-, Sach- und Vermögensschäden, die in Erfüllung und Gelegenheit der vertraglichen Verbindlichkeiten entstehen. Der AN ist verpflichtet, eine Haftpflichtversicherung abzuschließen und diese für die gesamte Vertragsdauer aufrecht zu erhalten. Diese Versicherung muss die Haftung für alle im Rahmen und/oder im Zusammenhang mit den Ausführungsarbeiten entstehenden Schäden abdecken. Die Versicherung muss mindestens eine Deckungssumme
 - Personenschäden 2 Mio. € je Schadensfall,
 - Sachschäden und Vermögensschäden 2 Mio. € je Schadensfall,

- reine Vermögensschäden (ohne vorhergehende Personen- oder Sachschäden 100.000,00 € je Schadensfall),
- Obhuts- und Bearbeitungsschäden einschließlich Schäden durch Abhandenkommen anderer Sachen 100.000,00 € je Schadensfall.

absichern. Eine Kopie der gültigen Versicherungspolice wird dem AG vor Arbeitsbeginn vorgelegt. Legt der AN die Versicherungspolice nicht rechtzeitig vor, ist der AG berechtigt, den Einzelauftrag und diesen Vertrag aus wichtigem Grund zu kündigen.

- (2) Der AN stellt den AG von allen Schadenersatzansprüchen frei, die in Folge eines von dem AN schuldhaft verursachten Schadensfalles im Zusammenhang mit Leistungserbringungen von einem Dritten erhoben werden.
- (3) Für Personen- und Sachschäden, die dem AN, den Erfüllungsgehilfen und den Mitarbeiter des AN im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit im Gebäude des AG entstehen, übernimmt der AG keine Haftung. Sollten entsprechende Schadenersatzansprüche geltend gemacht werden, ist der AN zur Freistellung verpflichtet. Vorstehendes gilt nicht, wenn der AG oder einer seiner Erfüllungsgehilfen einen Personenschaden vorsätzlich oder fahrlässig, einen Sachschaden vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht haben.

§ 10 Vertragsdauer, Vertragsverlängerung durch Erklärung des AG, ~~Probezeit~~ und Kündigungsfristen

- (1) Das Vertragsverhältnis beginnt am 01.11.2026 und endet am 31.10.2028. Die ersten zwölf Monate gelten als Probezeit.
- (2) Während der Probezeit sind beide Vertragsparteien berechtigt, den Vertrag unabhängig vom Vorliegen von wichtigen Gründen mit einer Frist von sechs Monaten, frühestens jedoch zum 31.10.2027 zu kündigen.
- (3) Der AG ist berechtigt, den Vertrag einmal um zwei weitere Jahre (bis 31.10.2030), durch einseitige Erklärung, zu verlängern. Die Entscheidung hierüber wird dem AN 3 Monate vor Ablauf der regulären Laufzeit mitgeteilt. Für die Ausübung des Rechts zur Vertragsverlängerung gilt die Schriftform.
- (4) Die Höchstmenge über die gesamte Vertragslaufzeit von 48 Monaten beträgt 2.000.000,00 € netto. Eine Abnahmegarantie ist hiermit nicht verbunden. Nach Ablauf der Gesamtlaufzeit von maximal 48 Monaten bzw. mit Erreichen der Höchstmenge – je nachdem, was früher eintritt – endet der Vertrag automatisch, ohne dass es einer Kündigung bedarf.
- (5) Die ordentliche Kündigung des Vertragsverhältnisses während der Laufzeit des Vertrages seitens des AN ist ausgeschlossen. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung bleibt unberührt. Ein wichtiger Grund für den AG liegt insbesondere dann vor, wenn
 - der AN wiederholt wesentliche Vertragspflichten verletzt hat;
 - der AN ohne Zustimmung des AGs Nachunternehmer einsetzt;
 - gegen Bestimmungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) und/oder des Mindestlohtarifvertrages verstoßen wird;
 - über das Vermögen des AN die Eröffnung des Insolvenzverfahrens beantragt oder ein entsprechendes Verfahren eröffnet wurde oder ein entsprechender Eröffnungsantrag mangels Masse abgewiesen wird.
- (6) Die außerordentliche Kündigung kann auch für einen klar abgrenzbaren Leistungsteil ausge-

sprochen werden. Als solcher gilt insbesondere die Erbringung der Leistung in einer von mehreren Liegenschaften.

- (7) Die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen durch den AG bleibt unberührt.
- (8) Jede Kündigung bedarf der Schriftform.

§ 11 Außerordentliche Kündigung

- (1) Der AG kann unbeschadet gesetzlicher Kündigungsrechte das Vertragsverhältnis ohne Einhaltung einer Frist außerordentlich kündigen, wenn:
 - der AN wiederholt wesentliche Vertragspflichten verletzt hat;
 - der AN ohne Zustimmung des AGs Nachunternehmer einsetzt;
 - gegen Bestimmungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) und/oder des Mindestlohtarifvertrages verstoßen wird;
 - über das Vermögen des AN die Eröffnung des Insolvenzverfahrens beantragt oder ein entsprechendes Verfahren eröffnet wurde oder ein entsprechender Eröffnungsantrag mangels Masse abgewiesen wird.
- (2) Die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen durch den AG bleibt unberührt.

§ 12 Datenschutz

- (1) Der AN ist darüber informiert, dass im Rahmen der Vertragsverwaltung, die das Vertragsverhältnis betreffenden Daten auf Datenträgern gespeichert und nach den jeweils gültigen gesetzlichen Bestimmungen verarbeitet werden.
- (2) Der AN hat sicherzustellen, dass die datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) sowie des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) und des Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetzes (HDSIG), eingehalten werden.
- (3) Soweit der AN personenbezogene Daten im Auftrag des AG verarbeitet (Art. 28 DSGVO), werden der AN und der AG einen Auftragsverarbeitungsvertrag im Sinne von Art. 28 DSGVO schließen. Die bei dem AN mit der Datenverarbeitung befassten Personen dürfen personenbezogene Daten nicht unbefugt (vgl. Art. 5 DSGVO) und ausschließlich auf Weisung (vgl. Art. 29 DSGVO) verarbeiten. Sie sind bei der Aufnahme ihrer Tätigkeit zur Verschwiegenheit zu verpflichten. Die Verpflichtung zur Verschwiegenheit besteht auch nach Beendigung dieses Vertrages fort. Im Einzelfall hat sich der AN mit dem vom AG zu benennenden Verantwortlichen für die Datensicherheit (Datenschutzbeauftragter) abzustimmen.

§ 13 Schlussbestimmungen

- (1) Dieser Vertrag unterliegt der Schriftform. In diesem Vertrag nicht behandelte Nebenabreden wurden weder mündlich noch schriftlich getroffen. Nachträgliche Ergänzungen oder sonstige Änderungen des Vertrages bedürfen der Schriftform. Die Aufhebung des Schriftformerfordernisses ist ebenfalls nur schriftlich möglich.
- (2) Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen hierdurch nicht berührt. Die Vertragspartner verpflichten sich, die unwirksame oder undurchführbare Bestimmung durch

eine neue Bestimmung zu ersetzen, die dem wirtschaftlich Gewollten möglichst nahekommt und dem Gesetz entspricht. Gleiches gilt für Vertragslücken.

- (3) Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- (4) Leistungs- und Erfüllungsort ist der Sitz des AG. Ausschließlicher Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist – sofern gesetzlich kein anderer ausschließlicher Gerichtsstand maßgeblich ist – Darmstadt.